

„Im Osten wiegt Gleichheit bis heute mehr als Freiheit“

Als Historikerin setzt Christina Morina dem kolonialen Blick auf den Osten ihre differenzierte Methodik entgegen. Und demoliert glatt das Klischee der „Opfergesellschaft DDR“

INTERVIEW: SUSANNE LENZ



„Es gab auch im Westen Einschnitte und auch im Osten Verantwortung“: die Historikerin und Autorin Christina Morina

UNIVERSITÄT BIELEFELD/S. JONEK

Die Ostdeutschen haben keine Schönwetter-Demokratie kennengelernt, es sei ihnen viel abverlangt worden, sagt die Historikerin Christina Morina, deren höchst anregendes Buch „Tausend Aufbrüche“ gerade erschienen ist. Sie setzt sich darin mit der Demokratiegeschichte in Ost und West auseinander und wirft einen frischen Blick auf die Ost-West-Debatte.

Frau Morina, Sie beschäftigen sich in Ihrem Buch mit der jüngsten deutschen Demokratiegeschichte, fragen, wie sich das Staats- und Demokratieverständnis der Deutschen in Ost

und West unterscheidet. Bei diesen Fragen gibt es ein Vor-89 und ein Nach-89. Zu welchen Ergebnissen sind Sie für die Zeit vor 1989 gekommen?

Der Blick auf das geteilte Deutschland ist meist sehr schematisch: hier die westdeutsche Demokratiegeschichte, dort die ostdeutsche Diktaturgeschichte. Das hat seine Berechtigung, weil die DDR eine Diktatur war. Zugleich aber hieß dieser Staat Deutsche Demokratische Republik, und dieser demokratische Anspruch war mehr als eine Propagandaformel. Er hatte auch eine gewisse gesellschaftliche Wirkmächtigkeit. Viele Menschen in der DDR haben sich an der Rede von der sozialistischen Demokratie abgearbeitet. Und zwar gerade auch in

dem Bewusstsein, dass da etwas postuliert wurde, was in der Realität nichts mit Demokratie zu tun hatte. Diese Perspektive versuche ich der schematischen Sicht hinzuzufügen: Dass es in der DDR vor 1989 auch eine Auseinandersetzung mit Demokratie gab. Ich spreche gewissermaßen von einer Demokratieanspruchsgeschichte.

Sie zitieren Walter Ulbricht, der gesagt hat: Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben. Und trotzdem sagen Sie, dass die Demokratie in der DDR nicht nur Staffage gewesen ist?

Der Staat hat mit einem Riesenaufwand etwas behauptet, was in der Realität Unfreiheit, Repression, Diktatur bedeutete. Für

viele Menschen auch Gewalt und Verfolgung. Zugleich aber gab es das Ideal des besseren Deutschlands als Gegenentwurf zur bürgerlichen Demokratie, die als Klasedemokratie diffamiert wurde. In einer sozialistischen Demokratie hingegen würde es keine Klassenherrschaft mehr geben, sondern absolute politische und soziale Gleichheit. Dieses Versprechen hatte Wirkmächtigkeit weit über die SED hinaus.

In der Breite der Gesellschaft war man in der DDR phasenweise sicher intensiver mit Politik befasst als in der Bundesrepublik, denn es ging stets ums große Ganze, um die krasse Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Das gilt gerade für die immer unruhigeren 80er-Jahre. Es ist mir wichtig, diese

Idee von der apathischen Nischengesellschaft im Gegensatz zur liberalisierten westdeutschen Gesellschaft aufzubrechen und zu zeigen, dass auch in der DDR-Bevölkerung darüber nachgedacht wurde, was Demokratie ausmacht. Was Gemeinwohl ist, wie man eine gerechte Gesellschaft schafft.

Welche Quellen haben Sie ausgewertet?

Es gibt Hunderttausende von abgefangenen Bürgerbriefen, Eingaben, Schriftstücken aus der Bevölkerung im Stasi-Unterlagen-Archiv. Die Forschung zählt diese Dokumente überwiegend zum Dissidentenbereich. Doch ein Leserbrief an eine Zeitung muss kein Ausdruck von Dissidenz sein – solche Briefe kamen aus der Mitte der Gesellschaft. Und dann gibt es für die sogenannte Wendezeit eine reichhaltige Überlieferung in diversen Oppositionsarchiven. Diese Quellen sind bislang kaum daraufhin untersucht worden, was darin unter dem Begriff der Demokratie eigentlich verhandelt wurde. Der zentrale Begriff im Herbst 1989 war die Freiheit, aber gleich dahinter kam die Basisdemokratie – die vermeintlich wahre Demokratie.

Sie sagten gerade, es wurde immer unruhiger in den 80er-Jahren. Was genau ist da passiert? Wuchs die Unzufriedenheit, hat man die DDR-Staatsbürgerschaft als immer unerträglicher empfunden?

Als sichtbar wurde, wie sich in anderen osteuropäischen Staaten die Dinge wandelten und öffneten, während in der DDR jeder Reformdiskurs unterdrückt wurde, haben sich die Menschen zunehmend politisiert und organisiert. Die Proteste etwa rund um die Kommunalwahlen 1989 waren ein einzigartiges demokratiepolitisches Ereignis, wirkten wie ein Katalysator. Dann die Ausreisebewegung, die mit der Öffnung über andere Staaten einsetzte. Der Mut, der in die Gründung der ostdeutschen SPD oder des Neuen Forums floss ... Sehr lange ging es dabei nicht um Abschaffung des Staates, sondern um Reformen. Das war ein Diskurs des guten Willens und besseren Lebens: Wir sitzen in einem Land, das alle mitgestalten sollten, wie in einer großen Familie. Jenseits der Mitwirkungssimulation und Zwangsorganisation, die die SED seit Jahrzehnten betrieb. Es ging um echte Beteiligung.

Was für Wünsche, Erwartungen und Hoffnungen hatten die Ostdeutschen denn in dieser 89er-Zeit?

Das Neue Forum setzte sich dafür ein, eine politische Öffentlichkeit zu schaffen, die wahrhaftig und plural ist. Einen Austausch auf Augenhöhe, der Mündigkeit produziert, voraussetzt, stärkt. Gegen das, was die SED der Gesellschaft aufgezwungen hatte, das von Teilen dieser Gesellschaft aber freilich auch getragen wurde. Das erklärt, was im Herbst 89 verhandelt wurde: Wie kann eine sozialistische Demokratie gelingen, gerade auch als Alternative zum kapitalistisch-liberalen Demokratiemodell?

Das Zusammendenken von Wirtschaftsordnung und politischem System ist in Ostdeutschland bis heute tiefer verankert als im Westen. Den Herbst 89 prägten also vor allem basisdemokratische und sogenannte volksdemokratische Ideen, die mit der repräsentativen Ordnung des Grundgesetzes nicht viel gemein haben. Es ging selten um eine Zukunft als parlamentarische und Parteiendemokratie. Auch das Neue Forum war ja keine Partei.

Dann aber kam der Beitritt. Warum?

Es hat eine sehr vielschichtige Entwicklung gegeben in einer höchst dynamischen Zeit, in der die Idee der deutschen Nation bald der alles bestimmende Rahmen war. Zugleich bewegte die Teilung, die grausame Grenze und die Versorgungslage, die Leute in der DDR naturgemäß viel stärker als jene in der Bundesrepublik, die sich in ihrer freien Bonner Republik ganz gut eingerichtet hatten. Dann die wirtschaftliche Lage: die Erkenntnis, dass die DDR von der Sowjetunion keine Hilfe mehr erwarten konnte. Und nicht zuletzt der westdeutsche Staat, dessen gut funktionierende Ordnung eine große Anziehungskraft besaß. Diese vielen Faktoren erzeugten eine Dynamik, die viele mitgezogen und für einen schnellen Beitritt gewonnen hat. Alle alternativen Entwürfe und basisdemokratischen Ideen waren da bald nicht mehr relevant, sie blieben gewissermaßen auf der Straße liegen. Darin sehe ich auch einen Grund für den AfD-Aufstieg: Dass die plebiszitären Impulse des Umbruchs in die politische Kultur des vereinten Deutschlands kaum Eingang gefunden haben.

Ist das gemeint, wenn Sie schreiben, dass es sich beim Aufschwung der AfD im Osten auch um einen eigenwilligen demokratischen Aufbruch Ost handelt?

Ich glaube, es gab im Osten eine spezifische Aneignung des westlichen Modells, in der die Idee der parlamentarischen und repräsentativen Demokratie nicht die zen-

trale Rolle spielt. Es gibt dort bis heute andere, eigensinnige Demokratieverständnisse, mit stark homogenen Gemeinschaftsvorstellungen, in denen Gleichheit mehr wiegt als Freiheit. Mir geht es um die zehn, 15 Prozent mehr, die die AfD im Osten erzielt. Nicht um den Bodensatz an Nationalradikalismus und Rassismus, den es auch im Westen gibt. Zugleich sind auch diese in Ostdeutschland stärker ausgeprägt, was mit der unzureichenden Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus in der DDR zusammenhängt. Aber diese zehn, 15 Prozent, die in der Alternative für Deutschland eine Alternative zur bislang gültigen Demokratie sehen: Die fängt die AfD ein.

Ist das Kalkül oder ist das Überzeugung?

Vieles ist Kalkül. Denn in Wahrheit möchte die AfD eine autoritär-völkische Ordnung.

Im Westen wird die AfD gern als ostdeutsche Regionalpartei wahrgenommen. Was dazu dient, um auf den Osten herabzuschauen: Da wirke die Diktatur nach. Ist das so?

Hier versuche ich mit Differenzierung und präziser Analyse dagegenzuhalten. Natürlich muss man über den Erfolg der AfD im Osten bestürzt sein. Zugleich ist sie eine genuin gesamtdeutsche Partei. Ich versuche mit meinem Buch ostdeutsche Vielfalt, Widersprüchlichkeit und Handlungsräume sichtbar zu machen, ostdeutsche Kreativität, ostdeutsches Engagement. Denn die große Mehrheit dort wählt die AfD gerade nicht, sie schätzt die Grundgesetzordnung. Nur ist dieser Teil weniger hör- und sichtbar. Wenn ich in diesem Sinne Gespräche in Westdeutschland führe, wo ich jetzt lebe und arbeite, verliert sich eine abwertende Sicht auf Ostdeutschland meist schnell. Die meisten der eigensinnigen, vielleicht auch demokratiskeptischen Bürgerinnen und Bürger in Ostdeutschland sind keine Anti-Demokraten, sondern selbstbewusst denkende Menschen, die nicht die AfD wählen.

Sie bemerken, dass zwar die Zustimmung zur Demokratie im Osten rund 20 Prozent unter der im Westen liegt, nämlich nur bei 50 Prozent. Sie bewerten das aber nicht negativ, sondern positiv. Nach welcher Logik?

Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass die Zustimmung zur Demokratie auch in der Bundesrepublik eine Generation nach Gründung des Staates ungefähr so hoch war, wie sie heute eine Generation nach 1990 in Ostdeutschland ist. Und das war sie in einer Bundesrepublik mit Wirtschaftswunder, während sie in Ostdeutschland trotz einer Wirtschaftskatastrophe und der Rieseneinschnitte in sozialer, materieller, kultureller und politischer Hinsicht so hoch ist. Die Ostdeutschen haben keine Schönwetter-Demokratie kennengelernt. Es wurde ihnen viel abverlangt. Und gemessen daran ist die Zustimmung zur Demokratie bemerkenswert hoch.

Sie sagten vorhin, Gleichheit sei den Ostdeutschen wichtiger als Freiheit. Von welchem Gleichheitsbegriff ist hier die Rede?

Gefragt nach den wichtigsten Grundwerten nennen noch immer die Westdeutschen eher die Freiheit und die Ostdeutschen die Gleichheit. Bei der Gleichheit in ostdeutschen Vorstellungen geht es nicht nur um politische, sondern vor allem um die soziale Gleichheit, um Gleichheit der Lebensverhältnisse, der Lebenschancen, des Wohlstands. Die meisten sehen darin den Hauptgrund des Staates: Er ist dazu da, soziale Sicherheit zu garantieren. Im westdeutschen Staatsverständnis liegt die Betonung stärker auf der politisch-rechtlichen Autonomie des Bürgers und der Bürgerin, auf der Vermeidung staatlicher Übergriffigkeit. In Ostdeutschland beruht diese Erwartung an den Staat auf den Erfahrungen, Regimeverheißungen und -enttäuschungen des gesamten 20. Jahrhunderts. Während in der Bundesrepublik die Ablösung vom Nationalsozialismus auf lange Sicht besser gelang – es folgte der Rechtsstaat, keine neue Diktatur.

Ostdeutsche sind in vielen Bereichen unterrepräsentiert. Aber zwischen 1990 und 2013 waren sie in Parteien, Legislative und Bundesexekutive leicht überrepräsentiert, wie Sie bemerken. Trotzdem sprechen Sie von einer Repräsentationslücke. Warum?

Die Überrepräsentation ist ein Beweis dafür, wie wirkmächtig das demokratische Engagement der Ostdeutschen 89/90 war und ist. Sehr viele Bürgerinnen und Bürger aus Ostdeutschland haben sich in die Politik eingebracht und der Berliner Republik ihren Stempel aufgedrückt. Merkel und Gauck sind keine Ausnahmen.

Zugleich wird zu wenig danach gefragt, welche Möglichkeiten diese Personen hatten, ostdeutsche Interessen zu vertreten. Inwieweit haben sie sich überhaupt als ostdeutsche Interessenvertreter verstanden? Daran hängt ein ganzes Bündel von Fragen, das auch die übliche Einheitserzählung aufbricht, nach der die Westdeutschen alles übernommen haben und die Ostdeutschen allein Opfer dieses Agierens waren. Es gab auch im Westen Einschnitte und auch im Osten Verantwortung. Ich bin für neue, integrierte oder auch entgegengesetzt gestellte Fragen. Etwa: Wie konnte die AfD ausgerechnet unter Merkel so stark werden?

Angela Merkel sagte zunächst, sie sei Kanzlerin aller Deutschen. Sie stellte ihre ostdeutsche Identität in den Hintergrund und bediente das westdeutsche Narrativ vom Aufwachen hinter der Mauer, bis endlich die Freiheit kam. Dann hielt sie gegen Ende ihrer Amtszeit die emotionale Rede, in der sie beklagte, dass ihr Aufwachen in der DDR im Westen als Ballast interpretiert werde. Hat es da eine Entwicklung gegeben?

So wie Schröder nicht Kanzler der Niedersachsen sein konnte und wollte,

„Ich glaube, es geht eigentlich gar nicht um die ‚Anerkennung der Lebensleistung‘. Es geht um Teilhabe heute.“

konnte und wollte Angela Merkel nicht Kanzlerin der Ostdeutschen sein. Als gesamtdeutsche Kanzlerin akzeptiert zu werden, ist ihr grandios gelungen. Auch weil sie ihre DDR-Biografie auf eine Weise erzählte, die bestens zu westdeutschen Erwartungen passte. Sie hat als erste Ostdeutsche und als erste Frau im Kanzleramt viel erreicht. Zugleich hätte man erwarten können, dass sie aufgrund ihrer intimen Kenntnis der politischen Kulturlandschaft Ostdeutschlands aufmerksamer dafür gewesen wäre, was sich da entwickelte, als die AfD gerade im Osten so stark wurde und die Rolle der Linken übernahm.

Als sie nach dem Erfolg der AfD gefragt wurde, hat Angela Merkel erst spät Dinge gesagt, die sie lange wusste, dass zum Beispiel Ostdeutsche zögerlicher sind, in Parteien einzutreten. Parteien sind in der parlamentarischen Demokratie die zentralen Organisationen, über die Interessen artikuliert und vertreten werden können. Wenn sich Ostdeutsche da zurückhalten, bleiben sie unterrepräsentiert. Das hätte man also viel stärker als demokratiepolitisches Problem erkennen und angehen müssen. Kein Kanzler hat das bisher in angemessener Weise als Aufgabe definiert. Zu oft geht es um das Soziale, das Materielle und das Symbolische, die immer selbe Rede von der „Anerkennung der Lebensleistung“. Ich glaube, darum geht es eigentlich gar nicht. Es geht um Teilhabe heute.

Die AfD versucht die politische, soziale und kulturelle Enttäuschung im Osten in eine Ermächtigungsgeschichte zu verwandeln. Indem sie behauptet, dass die Erfahrung der Verunsicherung eine Stärke ist. Warum funktioniert das so gut?

Da wächst etwas zusammen, was zusammenpasst: Im weitesten Sinne Nationalkonservative aus Westdeutschland, die mit der Liberalisierung der Bundesrepublik große Probleme haben und von denen manche gar '68 für die größere Katastrophe hielten als '45, treffen auf eine ostdeutsche Lage, in der sich viele Menschen zurückgesetzt und abgewertet fühlen. Auf eine Gesellschaft, in der es '68 eben nicht gegeben hat. Es gibt dort weniger kulturelle Vielfalt, eine viel weniger heterogene Gesellschaft, also gilt Ostdeutschland nicht als das schlechtere, sondern das wahre Deutschland. Zumal man dort im Zuge von '89 gelernt hat, sich den widrigsten Umständen anzupassen und eine Art autoritär-autonome Zupackmentalität entwickelt hat: Wir kriegen das hin, egal, was irgendwo da oben oder in Berlin entschieden wird. Das findet Zuspruch in Ostdeutschland.

War die Wiedervereinigung nicht auch für die Westdeutschen ein Bruch?

1989 hat die Bundesrepublik 40 Jahre Grundgesetz gefeiert, sie war im Großen und Ganzen zufrieden mit ihrer Entwicklung. Und in dem Moment steht sie plötzlich infrage. Mein Kollege Norbert Frei hat

in dem Zusammenhang den Begriff „Transformationsleistungsverluste“ geprägt, auf die wir auch mit Blick auf die westdeutsche Zeitgeschichte stärker schauen müssen. Man kann hier beispielhaft den Sozialstaat nennen. Auch wenn dieser schon in den Achtzigern unter Druck stand: Die Kosten der Einheit haben das westdeutsche Sozialstaatsystem zusätzlich destabilisiert. Oder denken Sie an die komfortable zurückhaltende Rolle, die Deutschland bis 1989 in der Welt gespielt hat. Jetzt war zu einem Grad außenpolitische Verantwortung zu übernehmen, der vorher undenkbar war. Dann der Umzug von Bonn nach Berlin – nicht nur die strukturellen, sondern auch kulturell-symbolischen Verschiebungen, die damit verbunden waren. Für den innerdeutschen Diskurs ist es also wichtig, dass auch die Mühen und Kosten des Strukturwandels im Ruhrgebiet gesehen werden. Natürlich waren die Veränderungen weniger einschneidend, und die westdeutsche Gesellschaft war ungleich besser dafür gerüstet. Trotzdem war die Vereinigung auch für die Westdeutschen ein tiefer Einschnitt.

Weil Sie gerade das Grundgesetz erwähnten: Nächstes Jahr wird es 75 Jahre alt. Aber eigentlich nur für die Westdeutschen, oder?

Ich würde mir wünschen, dass in diesen Feierlichkeiten Ostdeutschland erstmals wirklich mitgedacht wird, jenseits der „Sternstunde '89“. Also auch die widersprüchliche ostdeutsche Verfassungsgeschichte, die Verfassung, die die DDR sich gegeben hat und die so viele der SED als unerreichbare Utopie entgegenhielten, die Verfassungsdiskussionen am Runden Tisch. Ich weiß, dass das Bundespräsidialamt sich darum bemüht, einen deutsch-deutschen Blick auf die Geschichte des Grundgesetzes zu werfen. Dass die DDR sich 1989/90 in so großer Mehrheit für die Grundgesetzordnung entschieden und diese Entscheidung niemals in Frage gestellt haben – das ist doch eine im besten Sinne geteilte Geschichte.

Sie sind in Frankfurt an der Oder geboren und leben im Westen. Wie verknüpft sich Ihre Arbeit als Historikerin mit Ihrer persönlichen Biografie?

Das ist bei dem Thema eng verschränkt, denn diese Gegenwartsgeschichte ist zum Teil meine Familiengeschichte. Ich komme aus einer Familie, die westdeutsche Verwandtschaft hatte und in der die Teilung sehr spürbar war, und zugleich aus einem Elternhaus, das angepasst war, ohne in der Partei zu sein, und versuchte, auch unter DDR-Bedingungen ein anständiges Leben zu führen. Wenn ich mit meiner Familie oder Freunden in Ostdeutschland spreche, spielen diese Themen und die aktuelle Lage fast immer eine Rolle. Und natürlich gibt es die Sorge darüber, was in Ostdeutschland passiert. Die Angst, dass die Idee eines demokratischen Aufbruchs verloren geht und sich autoritäre Strömungen durchsetzen.

ZUR PERSON

Christina Morina, geboren 1976 in Frankfurt an der Oder, hat in Leipzig und den USA studiert. Seit 2019 ist sie Professorin für Allgemeine Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld.

Morinas Buch „Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er-Jahren“ ist 2023 im Siedler Verlag erschienen, es hat 400 Seiten und kostet 28 Euro.

Durchblick behalten mit **BRILLEN IN BERLIN**[®] scharfes sehen und aussehen



**BRILLEN – SONNENBRILLEN – KONTAKTLINSEN
KOMPETENZ – KINDERBRILLEN**



Bötzowstraße 27
10407 Berlin-Prenzlauer Berg
Telefon: (030) 49780321
Montag geschlossen
Di – Fr 10 bis 19, Sa bis 16 Uhr

augenoptik-in-berlin.de eyewear.berlin lunettes.berlin